

Überregionaler Pressespiegel 07.01.2011

Neues Deutschland | 07.01.2012

Ramelow akzeptiert Strafbefehl nicht

Erfurt (dpa/nd). Thüringens LINKE-Fraktionschef Bodo Ramelow will einen Strafbefehl wegen der Blockade des Neonazi-Aufmarsches 2010 in Dresden nicht akzeptieren. Sein Rechtsanwalt habe am Freitag erneut Einspruch eingelegt, teilte die Fraktion mit. Das Amtsgericht Dresden habe Anfang dieses Jahres einen zweiten Strafbefehl über 20 Tagessätze zu je 170 Euro erlassen. Schon gegen den ersten hatte er Einspruch eingelegt. Das Gericht wirft Ramelow vor, am 13. Februar 2010 eine Blockade gegen den rechten Aufmarsch „maßgeblich initiiert“ zu haben. Er habe damit eine „grobe Störung“ im Sinne des Versammlungsgesetzes verursacht. Ramelow weist den Vorwurf als „konstruiert und absurd“ zurück. Es sei nicht zu akzeptieren, dass diejenigen durch die Justiz in Sachsen kriminalisiert würde, die mit friedlichen Protesten verhindert hätten, „dass der größte Naziaufmarsch in Europa in Dresden seine menschenverachtende Ideologie durch die Straßen tragen kann“.

<https://www.neues-deutschland.de/artikel/214990.ramelow-akzeptiert-strafbefehl-nicht.html?sstr=Dresden>
